

## Erinnerungsvermerk

Über die Parteienverhandlungen zur Regierungsbildung am

29. Mai 1956 von 3 bis  $\frac{1}{2}$  6 Uhr.

Um 2 Uhr nachmittags habe ich, nachdem ich vormittags beim Bundeskanzler die versprochene schriftliche Ausfertigung urgiert hatte, diese in meinem Büro vorgefunden.

Anwesend: Raab, Weinberger, Kraus, Maleta, Gorbach;

Schärf, Helmer, Jonas, Waldbrunner, Pittermann.

R a a b leitet ein; es wird auf die Verlesung des schriftlichen Memorandums verzichtet.

S c h ä r f erklärt: Die Sozialisten betrachten auf Grund des Wahlergebnisses bloss den Vorsprung eines einzigen Minister-sitzes für die Volkspartei gerechtfertigt; die Beschränkungen von bisherigen Kompetenzen sozialistischer Minister lehnen sie ab. Sie nehmen das Justizministerium in Anspruch ( was dann später von der Volkspartei zugestanden wird) und sprechen sich insbesondere gegen ein neues Ministerium für Heerwesen und gegen die Beu-besetzung <sup>liver</sup> von Staatssekretären (Soziale Verwaltung) aus. Die So-zialistische Partei schlägt vor, für alle verstaatlichten Betriebe, aber auch für die Monopolbetriebe und die Bundesforste, gesell-schaftliche Organe zu bilden, wobei die Aufsichtsräte und Vor-stände nach dem Proporz des Hauptausschusses zusammengesetzt sein sollen. Ausserdem fordern sie die Durchführung der wichtigsten Wahlversprechungen möglichst rasch: Altersfürsorge für Selbstän-dige, Steuerermässigung, Staatsbeamte.

Es kommt dann zu einer Detailbesprechung der Vorschläge der Volkspartei: selbstverständlich hinsunehmen.

S c h ä r f erklärt, soweit es sich um Abänderungen der Geschäftsordnung des Nationalrates oder der Verfassung handle, könne die Sozialistische Partei keine Zustimmung geben. Also zu I: das bedeutet Änderungen der Geschäftsordnung, denen die Sozialisten nicht zustimmen können. uns als Ministerposten ange-rechnet wurde, zurück. Anscheinend erweckt das Erstaunen. Die For-



Darauf R a a b : Es handle sich bloss um Abmachungen zwischen den Parteien, ohne dass man an Verfassungsänderungen oder Geschäftsordnungsänderung denken müsse.

S c h ä r f : I A a : Das entspricht dem bisherigen Brauch und wird von uns gebilligt.

In Verlauf der Debatte wird von den Sozialisten geäussert und von den anderen nicht bestritten, dass der Absatz dahin ergänzt werde, dass Veränderungen mit Zustimmung des zuständigen Ministers zulässig sein sollen.

(Eigene Erwägung: Der Finanzminister soll selbst auch dauernd an den Bundesvoranschlag gebunden sein und nicht ermächtigt werden, mit Budgetüberschüssen frei zu gebaren).

I A c: Hier wird festgestellt, dass <sup>der Ton</sup> die Töne auf den Worten " rangmässig wie eine Regierungsvorlage" liegt; das lehnen die Sozialisten ab.

I A d: lehnen die Sozialisten ab, weil daran eine Abkehr vom Gedanken, dass der Hauptausschuss des Nationalrates zu entscheiden hat, liegt.

(Erwägung: Dem vorgeschlagenen Grundsatz zuzustimmen, wenn auch der Finanzminister hinsichtlich der Budgetüberschüsse daran gebunden ist).

I A B: Hier kommt es zu einer Diskussion über die Ernennungen bei Eisenbahn und Post, wobei Waldbrunner die Behauptungen der anderen widerlegt.

Die Sozialisten verlangen, dass der gleiche Grundsatz/<sup>wie</sup> bei den Bahnen auch für die Bundesforste, Tabakregie und Bundestheater zu gelten hat.

C: Wird von den Sozialisten abgelehnt; R a a b scheint die Ablehnung als selbstverständlich hinzunehmen.

II: Lange Debatte über die Zusammensetzung der Regierung:

S c h ä r f erklärt, nach dem Wahlausgang ist bloss ein Vorsprung von einem Ministersitz gerechtfertigt, 1953 seien wir bescheiden gewesen, wir stellen die damals erhaltene Funktion eines Präsidenten des Rechnungshofes, die uns als Ministerposten angerechnet wurde, zurück. Anscheinend erweckt das Erstaunen. Die For-



derung nach einem "neutralen" Justizminister wird von Raab aufgegeben. Den dem Sozialminister zugeteilten Staatssekretär lehnen wir ab. Die längste Debatte ist die über das vorgeschlagene Ministerium für Heerwesen. Das lehnen die Sozialisten ab, ebenso das Dreinrederecht in die Personalverhältnisse beim Inneren.

Ich wiederhole, dass von den Sozialisten alle Kompetenzverkürzungen bisheriger sozialistischer Ressorts abgelehnt wurden.

In der Debatte wird von der Volkspartei behauptet: das Heeresministerium sei eine *conditio sine qua non*. Darüber längere Debatte.

Um  $\frac{1}{2}$  6 Uhr geht man nach Einigung über das Kommuniqué auseinander mit der Vereinbarung, am Samstag, um 9 Uhr fortzusetzen.

*Schäfer* erklärt: Die Sozialisten betrachten auf Grund des Wahlergebnisses diese den Vorschlag eines einigten Ministeriums für die Volkspartei gerechtfertigt; die Beschränkungen von bisherigen Kompetenzen sozialistischer Minister lehnen sie ab. Sie nehmen das Justizministerium in Anspruch (was dann später von der Volkspartei zugestanden wird) und sprechen sich insbesondere gegen ein neues Ministerium für Heerwesen und gegen die <sup>Übernahme</sup> Besetzung von Staatssekretären (Soziale Verwaltung) aus. Die Sozialistische Partei schlägt vor, für alle verstaatlichten Betriebe, aber auch für die Monopolbetriebe und die Bundesbetriebe, gesellschaftliche Organe zu bilden, wobei die Aufsichtsräte und Vorstände nach dem Proporz des Hauptausschusses zusammengesetzt sein sollen. Außerdem fordern sie die Durchführung der wichtigsten Wahlversprechungen möglichst rasch: Altersübergänge für Selbständige, Steuerermäßigung, Staatsbeamte.

Es kommt dann zu einer Detailbesprechung der Vorschläge der Volkspartei:

*Schäfer* erklärt, soweit es sich um Änderungen der Geschäftsordnung des Nationalrates oder der Verfassung handle, könne die Sozialistische Partei keine Zustimmung geben. Also zu *idem* bedeutet Änderungen der Geschäftsordnung, denen die Sozialisten nicht zustimmen können.